

Das Trugbild des besonderen Schutzes

„Es tut uns leid, im Moment können wir nichts tun“.

Das sind die Worte, die wir in der Beratungsstelle, dem „sportello“, immer öfter sagen müssen, nachdem die Regierung das neue Gesetzesdekret Nr. 20 vom 10. März 2023 verabschiedet hat. Dieses Dekret wurde in der Stadt Cutro diskutiert, die für die verheerende Tragödie vor ihrer Küste am 26. Februar bekannt ist. Die neue Verordnung führt einen neuen Straftatbestand ein, der Personen, welche beschuldigt werden Boote an die italienische Küste fahren, noch stärker als zuvor kriminalisiert. Des Weiteren ändert sie auch die Anforderungen der Aufenthaltsgenehmigung zum besonderen Schutz („protezione speciale“) so weit, dass sie auf ihr Minimum reduziert wird.

Die drastische Einschränkung der Bedingungen, unter denen besonderer Schutz gewährt werden kann, ist Teil eines Ping-Pong-Spiels, das das politische Geschehen in den letzten Jahren beherrschte. Das Gesetz wird dabei als politisches Propagandainstrument eingesetzt, das sich nur selten tatsächlich mit den Auswirkungen von Gesetzesdekreten, Durchführungsbestimmungen und Änderungen auf das Leben der Menschen und die italienische Gesellschaft selbst befasst. Im Gegenteil, die letzten Jahre zeigen uns immer wieder, dass die Auswirkungen von Reformen im Bereich der Migrationspolitik nur allzu oft genau gegen den erklärten Willen der Regierung wirken.



Adam Birkett, unplash

In Folge der sogenannten "Nordafrika-Krise" im Jahr 2012 und der großen Zahl von Minderjährigen und jungen Erwachsenen, die seit 2015 aus Libyen kamen, ist die Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen¹ zu einem der wenigen Instrumente geworden, um die Anwesenheit von Menschen im Land zu legalisieren. Ebenfalls erleichtert dieser Aufenthaltstitel die Weiterreise zu späteren europäischen oder anderen Destinationen. Mit dem Antritt der Koalitionsregierung aus M5S (Movimento 5 Stelle – die 5-Sterne-Bewegung) und Lega im Jahr 2018 hat der damalige Innenminister Matteo Salvini unter anderem den humanitären Schutz abgeschafft. Darauf folgten Demonstrationen und eine große Mobilisierung der Zivilgesellschaft, welche Grund für den Sturz dieser Regierung im Sommer 2019 war. Die darauffolgende Conte-2-Regierung füllte das Fehlen des humanitären Schutzes bis auf den gescheiterten Versuch einer so genannten „Sanatoria“, die Einreisen nach Quoten legalisiert, nicht aus. Mit der Einsetzung der sog. technischen Regierung von Mario Draghi Anfang 2021, die mit der Verwaltung der EU-Mittel der Corona-Krise beauftragt wurde, erweiterte die neue Innenministerin Luciana Lamorgese die Bedingungen für den Zugang zu den Schutzmaßnahmen des besonderen Schutzes. Diese Art des Schutzes sollte für die Personen garantiert werden, die zwar nicht die Voraussetzungen für die Anerkennung als Geflüchtete*r oder als Person mit subsidiärem Schutzstatus erfüllten, sich jedoch in einer Notlage befanden. Die Notsituation besteht darin, Gefahr zu laufen im Falle einer Abschiebung oder einer Rückführung in ihren Herkunftsstaat, verfolgt zu werden. Darüber hinaus sollte diese Art des Schutzes das "private und persönliche Leben" der Person, die sich im italienischen Hoheitsgebiet aufhält, schützen. Des Weiteren soll dadurch die Achtung der geschützten Rechte gewährleistet werden und die

¹ Ein italienischer Aufenthaltstitel, der erteilt wurde, wenn der internationale Schutz nicht gegeben wurde, die Person aber dennoch einen Schutztitel benötigte (Anm. borderline-europe)

Personen auf dem Weg der sozialen und beruflichen Integration unterstützen. Gerade dieser letzte Teil wurde mit dem neuen Dekret vollständig aufgehoben.

Während der Erfolg der nationalen Neuwahlen der Rechten - und auch von Teilen der extremen Rechten - im Sommer letzten Jahres einige überrascht haben mag, sollte es nun nicht mehr überraschen, dass die Regierung ein Gesetzesdekret verkündet, das Unregelmäßigkeiten schafft, anstatt sie zu verringern. Die Verordnung führt außerdem zur Unsichtbarmachung dieser Menschen, welche zu einer zunehmenden sozialen Unruhe beiträgt und viele Menschen in die soziale und wohntechnische Prekarität, in die Situationen der Arbeitsausbeutung und Erpressung, der Marginalisierung und Armut zwingt. Die Instabilität ist radikal, sie betrifft den ganzen Globus.

Welche Auswirkungen haben diese politischen Entscheidungen auf das Leben der Menschen, denen wir begegnen? Hier ein paar Beispiele.

A. ist ein junger Mann nigerianischer Staatsangehörigkeit, der 2016 in Sizilien ankam. Nach drei Monaten in Libyen wurde er in einem Aufnahmezentrum in den sizilianischen Bergen untergebracht. Dort verbrachte er etwa drei Jahre zwischen Schnee und Wildschweinen und arbeitete ohne Vertrag als Koch des Zentrums. Er stellte einen Asylantrag, war jedoch auf die Anhörung bei der Regionalkommission nicht richtig vorbereitet. Als die Ablehnung kam, wurde ihm ein dem Zentrum nahestehender Anwalt zugewiesen, den A. jedoch nie kennenlernte. Sein Fall wurde nicht weiterverfolgt und der Einspruch wurde zwangsläufig abgelehnt. Seit einem Jahr versucht A. eine Beschäftigungszusage zu erhalten, in der Hoffnung, dass er diese zusammen mit seinem Anwalt im Rahmen der Antragstellung auf besonderen Schutz bei der zuständigen Behörde vorlegen kann. Nach einer Reihe von Arbeitsstellen, unter anderem in einer Eisdielerie, einem Souvenirgeschäft und einer Pizzeria, in denen die verschiedenen Arbeitgeber nicht bereit waren, ihn regulär zu beschäftigen, hat A. endlich eine Stelle in einem Strandbad gefunden, bei der er die Arbeitszusage unterschreiben konnte. Genau eine Woche nach der Einführung des neuen Dekrets kam er mit dem ausgefüllten Formular an den Schalter, "Es tut mir leid, im Moment ist nichts zu machen."



Aber die Hoffnung stirbt zuletzt - wie auch der Kampf. Vor ein paar Tagen kam M., ein Junge aus Gambia mit einer ganz ähnlichen Geschichte wie A., in die Beratungsstelle. Auch er kam im Jahr 2016 an, und auch er wurde in einem isolierten Aufnahmezentrum in den Bergen untergebracht. M. war einer der ersten, die von den Sicherheitsdekreten betroffen waren, und bereits 2018 hatten wir mit ihm über das Fehlen von Alternativen und die Schwierigkeit, sich zu registrieren, gesprochen. Einige Jahre später, dank der Einführung des Lamorgese-Dekrets, stellte M. einen neuen Antrag. So wurde ihm letzte Woche der besondere Schutz gewährt.

Dies sind nur zwei Beispiele für Situationen, die die große Mehrzahl der Antragsteller*innen beim „Sportello“ mit sich bringen. Das ständige politische Ping-Pong-Spiel hat Folgen und Auswirkungen, die manchmal unvorhersehbar, aber allzu oft vorhersehbar und vermeidbar sind. Wir wissen nicht

genau, wie es mit den Menschen weitergeht, denen von einem Tag auf den anderen die Möglichkeit genommen wird, ihr Leben anzuerkennen und ihre Rechte zu schützen. Wir wissen es nicht, aber wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Rechte für alle garantiert werden und nicht auf bloße Privilegien reduziert werden. Vielleicht brauchen wir neue Spielregeln oder vielleicht sollten wir einfach aufhören, mit dem Leben der Menschen zu spielen.

Arci Porco Rosso,
Palermo, 12. April 2023

*Aus dem Italienischen von Amelie Bromm
borderline-europe, Sizilien*